

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 02.11.2005**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Elke Wansner (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 26/05, 29/05

(Drucksachenband 103)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung

siehe Anlage 3

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

122 Tagesordnung

Punkt 16 wird in der Beratungsfolge vorgezogen und nach Herstellen der Nicht-Öffentlichkeit beraten.

0123 05-V-14-0001

Vors. Wansner weist darauf hin, dass der Bericht der Revisionsamtes auf jeden Fall in die Betrachtungen mit einbezogen werden sollte, was die CDU-Fraktion nach ihrer Auffassung nicht getan hat.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Sie ist bisher davon ausgegangen, dass die Buchführung bei den Kurbetrieben eine ist, die der Stadt voraus ist, weil dort schon mit SAP gearbeitet wird.

Die Abrechnung, die dem Ausschuss vorgelegt wurde, ist eindeutig kameral. Man kann nicht, wenn etwas strittig ist, die günstigere Abrechnungsform zu Grunde legen.

Wenn alle Kosten der Veranstaltung abgerechnet worden wären, hätte es keine schwarzen Zahlen für die Stadt gegeben. Es sollten nach ihrer Auffassung die Vollkosten berücksichtigt werden. Daher ist das Ergebnis nicht ganz befriedigend.

Man sollte zumindest für die Zukunft den Bericht des Revisionsamtes als Anregung auffassen.

Stv. Bayer schließt sich der Auffassung der SPD-Fraktion an.

Nach dem vorliegenden Bericht sei alles aber nicht so dramatisch, wie es in der Presse dargestellt worden ist.

Es gab zwar keinen Schaden, aber man sollte in Zukunft anders abrechnen.

Stv. Tollebeek findet es suboptimal, an die Presse zu gehen. Es ist nichts Negatives für die Stadt entstanden. Wenn die Anregungen aufgegriffen werden, hätte er nichts dagegen.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass es zwar keine Unregelmäßigkeiten gegeben habe. Die Kurbetriebe sollten jedoch, wie der Name schon sagt, wie ein Betrieb arbeiten und auch ihre Veranstaltungen so kalkulieren. Es ist kein wirtschaftliches Handeln, wenn kalkulatorische Kosten nicht mit aufgeführt werden. Es kann ja sein, dass man mit einem Defizit abschließt, aber es trotzdem für die Stadt sinnvoll war, diese Veranstaltung ins Kurhaus zu holen (z.B. Werbung für die Stadt). Man sollte aber nicht nur bei den Kurbetrieben sondern auch bei ELW wirtschaftliches Handeln einfordern.

Herr Löber (Revisionsamt) schlägt vor, in Zukunft jeder Veranstaltungsreihe eine Kostenart zuzuordnen, um eine bessere Kostentransparenz zu erzielen. Dies müsste doch jetzt, wo bereits mit SAP gearbeitet wird, auch vom Aufwand her vertretbar sein.

Herr Göpfert berichtet, dass dies bei der derzeitigen Personaldecke nicht leistbar ist und bisher noch keine Kostenstellen in SAP eingerichtet wurden.

Herr Löber berichtet weiter, dass man auch berücksichtigen müsse, dass das Stadtmarketing der Landeshauptstadt Wiesbaden jedes Jahr 7 – 8 Mio € jährlich wert (Zuschuss an die Kurbetriebe aus dem städt. Haushalt). Man nimmt schon allein dadurch in Kauf, dass die Veranstaltungen nicht unbedingt kostendeckend laufen, sondern Nebeneffekte z.B. für die städtische Gastronomie erzielt werden.

Vors. Wansner stellt noch einmal klar, dass man die Veranstaltungsreihe hat untersuchen lassen, da in der Presse abstruse Zahlen genannt wurden. Die Fraktionen haben unterschiedliche Auffassungen nach dem vorliegenden Bericht. Die Kostentransparenz herzustellen, wäre auf jeden Fall sinnvoll gewesen. Es wäre auch nicht problematisch gewesen zu erwähnen, dass z.B. der Thiersch-Saal für die Veranstaltungen kostengünstig zur Verfügung gestellt wurde, zumal durchaus andere Mieter in der entsprechenden Zeit für andere Veranstaltungen hätten gefunden werden können. Man hätte dies lediglich in der Kostenaufstellung berücksichtigen müssen.

Herr Wossidlo berichtet, dass die BILD-Zeitung und der HR zu ihm gekommen seien und ihm Unterlagen vorgelegt haben, die er für den Revisionsausschuss vorbereitet hatte.

Er stellt noch einmal dar, dass man durch die geänderte Abrechnung (90/10 im ersten und 70/30 im zweiten Jahr) ein besseres Geschäft gemacht habe.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Man muss sich auch der Bedeutung einer solchen Veranstaltung bewusst sein (Jonny Klinke und Bernhard Paul).

Man hätte auch gerne eine weitere Zusammenarbeit gesehen, aber diese Möglichkeit habe sich dann nicht ergeben.

Das Betriebsergebnis bezogen auf den Südflügel sei in den Jahren 2003 und 2004 besser gewesen als in den Jahren davor.

Bei einer solchen Art von Veranstaltung gehe man immer ein wirtschaftliches Risiko ein.

Er kritisiert, dass im Bericht des Revisionsamtes als negativ dargestellt wurde, dass Künstler gleichzeitig auch noch bei anderen Veranstaltungen aufgetreten sind. Dies ist aber unrichtig, denn die Auftritte, die evtl. zeitgleich im Fernsehen zu sehen waren, sind alle vorher aufgezeichnet worden.

Durch Herrn Löber, Stv. Wansner und Stv. Dr. Goßmann wird klargestellt, dass dies im Bericht ganz anders formuliert war. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass man keine Klausel zur Vermeidung von Konkurrenzveranstaltungen vertraglich vereinbart habe und die Möglichkeit besteht, dass die Künstler an Konkurrenzveranstaltungen teilnehmen.

Vors. Wansner weist abschließend darauf hin, dass mit dem Prüfauftrag auf die Presseberichte reagiert werden sollte. Wenn in der Presse diskutiert wird, dass öffentliche Gelder nicht ordnungsgemäß verwaltet worden sind, muss man der Sache nachgehen. Sie geht auf die Dinge ein, die im Bericht stehen und bittet Herrn Wossidlo um Verständnis dafür, dass man Dingen auf den Grund gehen muss, wenn es um Gelder der öffentlichen Hand geht. Es geht auch nicht nur um die Kurbetriebe, sondern auch andere Eigenbetriebe würden genauso überprüft.

Stv. Dr. Goßmann weist ebenfalls noch einmal darauf hin, dass es gar nicht darum geht, dass evtl. ein Defizit entsteht. Es geht darum, dass die Zahlen transparent aufbereitet werden müssen.

Es besteht Einvernehmen, dass der Prüfbericht des Revisionsamtes zur Kenntnis genommen wird und die Angelegenheit dadurch ihre Erledigung gefunden hat.

einstimmig

0123a **05-F-01-0054**
Kurhausveranstaltung "Sterne des Varietés"
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.06.2005 -

Siehe Beschluss Nr. 0123

einstimmig

0124 **05-A-19-0001**
Prüfgruppe EDV-Projekte Stadtverwaltung

Beschlussfassung erfolgt entsprechend der Empfehlung der EDV-Prüfgruppe

einstimmig

0125 **05-F-01-0080**
Sachstand Wivertis

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.10.2005 -

Stv. Dr. Goßmann begründet den Antrag.

Stadtkämmerer Dr. Müller ist zu diesem Thema anwesend. Er nimmt Bezug auf den Bericht in der Presse, wo bereits über eine Neustrukturierung bei Siemens berichtet wurde. Siemens als Mutterkonzern von Wivertis war zwar mit Ertragskraft von SBS unzufrieden, evtl. gab es auch in der Vergangenheit Überlegungen, Teile zu verkaufen. Aber zur Zeit sind diese Pläne vom Tisch. Es wurde mittlerweile ein neuer Chef (Dr. Kollatz) bei SBS installiert, was auch darauf hindeutet, dass es kurzfristig keine Verkaufsabsichten gibt.

Vors. Wansner weist darauf hin, dass es schon öfter im Gespräch war, dass eine Veräußerung ansteht. Der Presse war zu entnehmen, dass nicht ganz klar ist, was bei Siemens geplant ist und von Seiten der Stadt abgewartet wird, was passiert.

Stadtkämmerer Dr. Müller hat sich mit dem neuen Chef von SBS getroffen und Gespräche geführt. Im Vertrag mit Wivertis ist auch eine Benachrichtigungspflicht festgeschrieben. Auch bei einem Verkauf von SBS bedeutet dies, dass alle Rechte und Pflichten auf den neuen Besitzer übergehen. Im Moment sieht er aber keine Gefahr. Siemens ist außerdem der größte Kunde von SBS.

Der Antrag hat durch die geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

einstimmig

0126 05-V-14-0002
Prüfung der Jahresrechnung 2003

Die Vorlage wird lediglich eingebracht. Die weitere Beratung erfolgt nach Ende der Arbeit der Prüfgruppe, die zur Prüfung der Jahresrechnung traditionell eingerichtet wird.

einstimmig

0127 05-A-19-0005
Prüfung der Jahresrechnung 2003 - Bildung einer Prüfgruppe

Zur Prüfung der Jahresrechnung wird eine Prüfgruppe gebildet, der neben der Vors. Wansner, Stv. Reitz, Stv. Dr. Goßmann, Stv. Sellmann und Stv. Bayer angehören.

Die Prüfgruppe trifft sich zu ihrer ersten Sitzung am 20.12.2005 in den Räumen des Revisionsamtes.

Das Revisionsamt unterstützt die Prüfgruppenarbeit wie in den Vorjahren.

Die Fraktionen werden gebeten, Prüft Themen aus dem Schlussbericht zu melden.
Von Seiten der SPD wird als Prüft Thema eingebracht:

Überprüfung Hochbauamt, ob es geeignete Kontrollmechanismen für die Abwicklung von Zahlungsaufträgen (Punkte 4.1.) gibt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Herr Löber teilt mit, dass sich auf Seite 42 unten rechts ein Tippfehler eingeschlichen hat. Beim Ansatz von 80 wurde fälschlicherweise ein Minus-Zeichen gesetzt

einstimmig

0128 **05-V-20-0042**
Investitionscontrolling 3. Quartal 2005

einstimmig

0129 **05-V-20-0044**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2005 gnehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob die Schulreinigung der Höfe ausgesourct werden soll und hätte dann gerne eine Erklärung dazu, warum wir denn jetzt erst 4 neue Kehrmaschine für 36.000 € gekauft haben.

Herr Pohlenz (Schulamt) teilt mit, dass die notwendigen Kehrmaschinen vor einigen Tagen ausgeliefert wurden. Nach den Osterferien 2006 wird eine Plausibilitätsrechnung vorgelegt werden können, um zu klären, ob dies kostengünstiger ist als die vorherige Lösung bzw. das Ausschreibungsergebnis.

Vors. Wansner weist auf die Vorlage hin, in der die Schulhausmeister Aufgaben erhalten haben, wobei jetzt über die Besitzstandswahrung gesprochen werden muss. Sie sieht einen Widerspruch, dass wir erst das Gerät anschaffen und danach prüfen, ob eine anderweitige Reinigung durch Dritte kostengünstiger ist.

Herr Pohlenz berichtet, dass das Schulamt es für sinnvoll hält, die Schulhausmeister durch die neuen Kehrmaschinen mehr an die eigene Schule zu binden und dadurch auch die Verantwortlichkeit zu stärken.

Stv. Tollebeek fragt nach, in welcher Art und Weise die Prüfung denn vorgesehen ist.

Herr Pohlenz berichtet, dass es sich um eine reine Kostenrechnung handelt. Auch externe Angebote werden berücksichtigt.

Vors. Wansner weist ausdrücklich darauf hin, dass es der politische Wille war, dass die Hausmeister bei der neuen Vertragsgestaltung in ihrer Besitzstandswahrung abgefedert werden.

St. Wieltch fragt nach, wieviele Jahre eine Kehrmaschine hält.

Nach Auskunft von Herrn Pohlenz hängt dies ursächlich damit zusammen, wie der Hausmeister damit umgeht und welche Maschine angeschafft wurde. Die Innenreinigung der Schulen ist bereits nach und nach privat vergeben worden. Diese Vorgehensweise kann auch bei der Schulhofreinigung eintreten.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

einstimmig

0130 05-V-31-0003

Bereitstellung von apl/üpl Mittel zur Beschaffung eines zusätzlichen Messgerätes für die stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage

Stv. Tollebeek weist darauf hin, dass so kurz vor den Haushaltsplanberatungen eigentlich keine Investitionen getätigt werden sollten. In diesem Fall ist jedoch eine Ausnahme möglich, weil sich die Kosten der Anlage amortisieren.

Vors. Wansner hat Bedenken inhaltlicher Art. Sie hält den Einsatz von nicht-stationären Anlagen für sinnvoller, da man diese bedarfsgerecht und an besonders gefährdeten Stellen einsetzen kann.

Auch Stv. Bayer ist kein Anhänger von stationären Anlagen und gibt zu bedenken, dass durch den Bekanntheitsgrad der stationären Anlagen die meisten Verkehrsteilnehmer ihre Geschwindigkeit zumindest kurzfristig reduzieren.

Stadtrat Grella sieht das anders. Die Zahl der mobilen Anlagen wurde zum einen auch erhöht, eine Gewöhnung an die stationären Anlagen sei zum anderen zumindest was die Einnahmeseite zeigt auch nicht gegeben.

Herr Baum (Amt für Verkehrsüberwachung) weist außerdem darauf hin, dass die stationären Anlagen dort installiert werden, wo eine mobile Anlage eingesetzt werden kann.

Stv. Schäfer bittet um eine Einzelaufstellung, die die Einnahmesituation nach Standorten aufgeschlüsselt wiedergibt.

Herr Baum sichert die Zusendung der Einzelaufstellung direkt an die SPD-Fraktion für den kommenden Donnerstag zu.

Aus grundsätzlichen Erwägungen enthält sich die SPD-Fraktion der Stimme.

Enthaltung SPD

0131 05-V-08-0006

Investitionsbudget Schulen - Beschleunigungsprogramm

einstimmig

0132 05-V-40-0024

Joseph-von-Eichendorff-Schule - Mittelfreigabe im Rahmen des Beschleunigungsprogrammes

einstimmig

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

0133 05-V-80-6002

Beschleunigung von Vergabeverfahren;
befristete Änderung der Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL)

Herr Löber weist darauf hin, dass das Land Wert darauf legt, dass bei Zuwendungsmaßnahmen von diesem Beschleunigungsverfahren Abstand genommen wird. Das Land legt Wert darauf, dass der Wettbewerb überall dort entsprechend stattfindet, wo das Land der Stadt Zuschüsse zahlt. Herr Löber zitiert aus einem entsprechenden Schreiben.

Zur Zeit wird die Angelegenheit mit der Verdingungsstelle diskutiert.

Vors. Wansner schlägt vor, die Vorlage zurückzustellen, bis die Verhandlungen mit dem Land abgeschlossen sind.

Stv. Tollebeek stellt fest, dass von den im Haushalt veranschlagten Mittel rd. 68 % gar nicht verausgabt werden. Von diesem Effekt ist auch im kommenden Haushalt auszugehen. Viele Mittel sind für kleinere Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau veranschlagt, die zwar dem heimischen Handwerk usw. zu Gute kämen, die aber nicht getätigt wurden, weil der Verwaltungsaufwand einfach zu hoch ist. Insofern hält er das Beschleunigungsverfahren für sehr sinnvoll. Er plädiert daher darauf, die Vorlage nicht anzuhalten. Bei 11 % Arbeitslosen haben Investition bzw. Auftragsvergaben absolute Priorität.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach der Sanierung Tribüne Berliner Straße. Bei dieser Maßnahme sind Landesmittel in die Maßnahme mit eingeflossen, die dort verwendet werden. Es wäre gerade in diesem Zusammenhang Klärungsbedarf, welche Auswirkungen die Auffassung des Landes hat.

Stv. Wieltch weist darauf hin, dass lediglich ein Probetrieb durch die Vorlage möglich gemacht werden soll. Es besteht auch nach seiner Auffassung keine Notwendigkeit, die Vorlage anzuhalten.

Herr Löber wirft ein, dass er seinen Hinweis nicht als Einwand sondern lediglich als Info verstanden wissen. Er schlägt vor, in der nächsten Sitzung über den Ausgang des Verfahrens zu berichten.

Herr Weber gibt zu bedenken, dass bis zum Inkrafttreten des Probetriebs die unterschiedlichen Auffassung Land/Stadt geklärt werden können oder für die Zuschussmaßnahmen auf die besondere Vergabeverfahren hingewiesen werden muss.

Herr Schäfer ist der Auffassung, dass sich die Stadt nicht erlauben kann, zweierlei Recht anzuwenden, da möglicherweise der Bauleiter an der Berliner Straße gar nicht weiß, ob bei den Maßnahmen Zuschüsse gezahlt werden oder nicht.

Er schlägt vor, den Magistrat zu bitten, bis zum Inkrafttreten der DVL zu klären, wie eine einheitliche Handhabung gewährleistet werden kann.

Es muss im Vorfeld geklärt werden, ob für die Maßnahme ein Zuschuss möglich ist oder nicht (Herr Löber). Aus seiner Sicht kann die Angelegenheit nur auf Landesebene geklärt werden.

Vors. Wansner könnte sich dem Vorschlag von Herrn Schäfer nähern.

Ein entsprechender Zusatz wird in den Beschluss aufgenommen.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

gegen Grüne, Enth. SPD

0134 03-V-61-0056
Beschaffung und Einführung fachbezogener Standardsoftware

einstimmig

0135 05-V-20-0017
Investitionscontrolling 1. Quartal 2005

Vors. Wansner stellt fest, dass der neue Bericht auch nicht aussagekräftiger ist als der vorhergehende.

Stv. Dr. Goßmann schließt sich der Aussage an, bestätigt, dass man analysieren muss, woran es eigentlich liegt und schlägt vor, eine Prüfgruppe zur Klärung aller Fragen einzusetzen.

Für die erste Prüfgruppensitzung wird der 22.11.2005 festgelegt.

Der Prüfgruppe gehören Stv. Tollebeek, Stv. Dr. Goßmann, Stv. Sellmann und Stv. Bayer an.

einstimmig

0136 05-V-07-0002
Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln zur Deckung des Personalbudgets Dezernat VII 2004

Stv. Tollebeek hält die Berichte für nicht sehr aussagekräftig. Es gibt allerdings eine Rückläufigkeit der Ausfälle zu verzeichnen.

Aus der Bauwirtschaft sei ihm bekannt, dass 2004 der Krankenstand bei 6,4 % lag.

Auch bei der Übersicht von ELW wäre es wünschenswert gewesen, eine solche prozentuale Übersicht zu erhalten.

Vors. Wansner schlägt vor, eine prozentuale Übersicht zu erbitten.

einstimmig

0137 05-V-80-2350
Pachtvertrag Schloss Freudenberg;
Beschluss Nr. 0130 des Revisionsausschusses in der Sitzung vom 16.12.2004

siehe Beschluss 0139

einstimmig

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

0138 **05-V-80-2319**
Pachtvertrag Schloss Freudenberg;
HIER: mündlicher Bericht von Herrn Stadtkämmerer Dr. Müller

siehe Beschluss Nr. 0139

einstimmig

0139 **05-V-80-2348**
Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages über das Objekt "Schloss Freudenberg"

Die Vorlage zum Abschluss des Erbbaurechtsvertrages ist dem Ausschuss heute als Tischvorlage zugeleitet werden.

Eine Behandlung ist nicht möglich – die Vorlage gilt lediglich als eingebracht.

Die Beratung der Vorlage im Ortsbeirat Dotzheim ist vor Abschluss des Vertrages nötig. Um Zeitverzögerungen zu vermeiden, wird die Vorlage dem Ortsbeirat zur Beschlussfassung zugeleitet (Ortsbeiratssitzung am 22.11.2005). Der Beschluss des Revisionsausschusses wird dem Ortsbeirat nach der Sitzung des Ausschusses am 30.11.2005 zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Herr Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) weist darauf hin, dass dem Ortsbeirat nicht die gesamte Vorlage, sondern er wird eine Synopse erhalten. Die Sanierung des Schlosses hängt auch von Mitteln aus dem Landesdenkmalschutz ab. Dieser hat angekündigt, die Förderung einzustellen, wenn keine soliden Vertragsverhältnisse geschaffen werden. Von daher besteht ein zusätzlicher Zwang, den Erbbaurechtsvertrag abzuschließen.

Mit dem Übernahmevertrag entfallen auch die Zuschüsse, die von Seiten der Stadt bisher gezahlt wurden.

einstimmig

0140 **04-A-19-0009**
Versicherungswesen der Landeshauptstadt Wiesbaden; HIER: mündlicher Bericht von Herrn Stadtrat Grella

Stadtrat Grella berichtet mündlich, dass Frau Prof. Jost (Fachhochschule Wiesbaden) zunächst angekündigt hatte, bis zum November 2005 den von der Stadt erteilten Auftrag abgearbeitet zu haben. Die Aufgabenstellung ist allerdings so komplex, dass im Moment nicht klar umrissen werden kann, wann ein Ergebnis vorliegen wird. Die Fachhochschule Wiesbaden wird auch den Risikobereich ELW mit in ihre Überlegungen einbeziehen.

einstimmig

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

0141 **05-V-05-0002**
Übertragung des städtischen Telekommunikationsnetzes auf ESWE Versorgungs AG
bei Stimmengleichheit abgelehnt

0142 **05-F-01-0053**
Betrieb und Unterhaltung des Weitverkehrsnetzes
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.06.2005 –

Der Antrag hat durch die vorgenannte Sitzungsvorlage seine Erledigung gefunden.

einstimmig

0143 **05-F-06-0003**
Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Lage der Alten- und Pflegeheim GmbH und der Altenhilfe Wiesbaden GmbH
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 02.03.2005 -

Stadtrat Grella berichtet, dass die Bemühungen, von der Aufsichtsbehörde ein allgemein gehaltenes Rechtsgutachten zu erhalten, nicht möglich ist. Die Aufsichtsbehörde erteilt zwar Gutachten, aber diesen muss ein konkret gefasstes Problem zu Grunde liegen. Herr Grella wird der Aufsichtsbehörde den Sachverhalt daher schildern und den Ausschuss im Anschluss informieren.

Dem Bericht des Revisionsamtes lag bereits das testierte Jahresergebnis 2002 vor.

Stv. Bohrer hat Nachfragen zum Treuhandvermögen und den Investitionsrücklagen, die allerdings bereits von Stadtrat Hessenauer schriftlich beantwortet worden ist und auch in der Prüfgruppensitzung behandelt wurde.

Stv. Dr. Goßmann wirft ein, dass entgegen der Empfehlung des Wirtschaftsprüfers mit dem Treuhandvermögen bilanzmäßig falsch umgegangen wurde. Auch dieser Punkt sollte geklärt werden.

Das Revisionsamt wird in naher Zukunft auch das testierte Jahresergebnis 2003 prüfen.

Nach allgemeinem Dafürhalten ist die Prüfgruppenarbeit erledigt. Der Ausschuss wartet noch die Rechtsauskunft der Aufsichtsbehörde und die Stellungnahme des Revisionsamtes zu dem testierten Jahresergebnis 2003 ab.

einstimmig

0144 Verschiedenes

Der Ausschuss wird sich nicht nach der letzten Sitzung in diesem Jahr zu seinem traditionellen Essen treffen, sondern verschiebt diesen Termin auf die Sitzung am 01.02.2006, die die letzte der laufenden Wahlperiode ist.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 02.11.2005

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Auf Vorschlag von St. Tollebeek wird der Ausschuss den "Kleinen König" in der Mauergasse aufsuchen.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . Dezember 2005

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Wansner

Koba